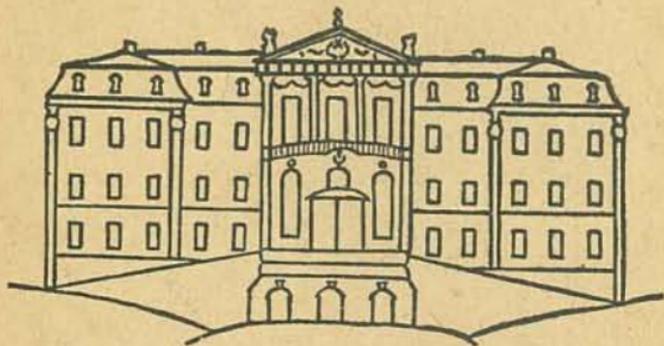


Hefte aus Burgscheidungen

Carl Ordnung

**Die Mitverantwortung
der Christen beim
Aufbau des Sozialismus**



154

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Hefte aus Burgscheidungen

Carl Ordnung

**Die Mitverantwortung
der Christen beim
Aufbau des Sozialismus**

1966

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Dieses Referat hielt der Verfasser am 2. Februar 1966 auf einer Tagung der Gofner-Mission in der Deutschen Demokratischen Republik zur Vorbereitung der ökumenischen Konferenz „Kirche und Gesellschaft“

Einleitung

Von unserer Sicht her besteht die tiefe Problematik der Konferenz „Kirche und Gesellschaft“ darin, daß sie zwar von den linken Kräften innerhalb der Ökumene organisiert wird, daß sie aber nichtsdestoweniger von ihrem Grundsatz her ein relativ einseitiges westliches Unternehmen ist. Das macht schon ein Blick auf die Terminologie der Vorbereitungsarbeiten deutlich. Sie verwenden ausschließlich Begriffe und Formulierungen der bürgerlichen Soziologie. Unsere Sicht der Dinge kommt nirgends vor.

Ich bin mir bewußt, daß die Begriffe „westlich“ und „bürgerlich“ unscharf sind, weil sie sich auf sehr komplexe Phänomene beziehen, die mit diesen Worten nicht vollständig zu beschreiben sind. Ich weiß auch, daß die sogenannte „westliche Ideologie“ in sich sehr differenziert ist und nicht annähernd die Geschlossenheit erreicht, die die marxistische Ideologie aufweist. Trotzdem lassen sich die verschiedenen Spielarten „westlicher“ Ideologie (oder „Entideologisierung“) auf einige Gemeinsamkeiten zurückführen, deren deutlichste die offene oder versteckte Ablehnung des Kommunismus ist. In diesem Sinne wird hier von „westlich“ und „bürgerlich“ gesprochen.

Jedenfalls machen die bisherigen Vorbereitungsarbeiten wieder einmal eine tiefe Bindung an die – so verstandene – „westliche“ Kultur und Lebenshaltung sichtbar. In ihnen scheint es für den Christen nur zwei Möglichkeiten zu geben: entweder die grundsätzliche Bejahung dieser westlichen Gesellschaft, die natürlich Kritik zum Zwecke ihrer Verbesserung einschließt, oder allenfalls noch ihre revolutionäre Verneinung, deren es aber zumeist an einer echten Alternative gebricht und die deshalb noch in der Verneinung an dieser Gesellschaft orientiert bleibt. Die Möglichkeit einer positiven Sicht einer ganz anderen gesellschaftlichen Gestaltung tritt nicht in das Blickfeld der Vorbereitungsdokumente, soweit sie vorliegen. Dazu hat die Ökumene zu oft die grundsätzliche Unverein-

barkeit von Kommunismus und Christentum betont, mit Nachdruck etwa auf der ökumenischen Studienkonferenz über Rapid Social Change in Thessaloniki 1959.

Gewiß wird die Konferenz von marxistischen Anschauungen nicht ganz unbeeinflusst bleiben. Einige Theologen aus den jungen Staaten Afrikas und Asiens, vor allem aber die Vertreter aus Lateinamerika haben Elemente marxistischen Denkens übernommen. Aber der Aspekt der etablierten sozialistischen Gesellschaft fehlt in Genf völlig. Man kann sich offensichtlich die christliche Existenz nur in der Distanz zu dieser Gesellschaftsordnung vorstellen.

Daran tragen wir – die Christen aus diesen Ländern – ein Teil Schuld. Ihre im Grunde kleinbürgerliche Mentalität ließ unsere Kirchen lange Jahre hindurch weithin in der Verständnislosigkeit gegenüber den tiefgehenden gesellschaftlichen Wandlungen und ihren Triebkräften verharren. Selbst viele jener Christen, die sich vom Anruf des Evangeliums aus dieser kleinbürgerlichen Kirchlichkeit und der falschen Bindung an die Vergangenheit befreien ließen, brauchten zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahre, bis sie die neue Umwelt zu begreifen begannen und langsam in ein gesellschaftliches Engagement hineinwuchsen. Dabei machten sie eine bemerkenswerte Erfahrung, die gleich zu Beginn genannt werden soll:

Die Befreiung von der falschen Bindung der Christenheit an die bürgerliche Gesellschaft ist nicht ohne die Orientierung auf ein anderes, neues gesellschaftliches Leitbild möglich.

Unsere Kirchen haben – nach einer Periode des Abwartens – vor ungefähr zehn Jahren mehr oder weniger deutlich erklärt: Der christliche Glaube, die Existenz der Kirche Jesu Christi ist an keine bestimmte Gesellschaftsordnung gebunden. Christsein ist möglich im Sozialismus wie im Kapitalismus – so wie es in der Zeit des Feudalismus oder der Sklavenhaltergesellschaft möglich war.

Diese Feststellung ist richtig; aber es ist eine Illusion, zu meinen, daß man sich mit ihr aus den jahrhundertealten Bindungen befreie. Viele Christen, die subjektiv guten Willens waren, ihr verantwortliches Staatsbürgersein in der neuen Gesellschaft wahrzunehmen, kamen in dieser Gesellschaft nicht an, weil sie – ohne das oft selbst gewahr zu werden – mit ihrem ganzen Denken in die bürgerliche Tradition der Christenheit verflochten waren. Sie versuchten die neue Gesellschaft mit den alten traditionellen Denkkategorien zu erfassen. Dieser Versuch mußte scheitern. Das ließ bei den Betroffenen oftmals Ratlosigkeit zurück.

Der Christ ist wie jeder Mensch ein gesellschaftliches Wesen. Aus diesem Grunde kann es keine von gesellschaftlichen Bezügen und Leitbildern freie, gereinigte christliche Existenz geben. Das heißt, der Christ kann keine im letzten neutrale Position gegenüber den gesellschaftlichen Leitbildern seiner Zeit beziehen. Weil er ein gesellschaftliches Wesen ist, nimmt er – auch wenn er das nicht bewußt tut – für oder gegen diese Leitbilder Partei. Wenn er gegen den Sozialismus ist, dann begibt er sich auf die Position der bürgerlichen Gesellschaft – auch wenn er das subjektiv nicht will. Und wenn er sich von der Bindung an dieses Leitbild befreien will, dann muß er sich für den Sozialismus entscheiden. Das gilt jedenfalls für die konkrete Situation in der Deutschen Demokratischen Republik.

Nun könnte man fragen: Wird damit nicht der alte Fehler in einer neuen Situation wiederholt? Ist die Bindung an den Sozialismus vom Glauben her eher zu rechtfertigen als die an den westlichen Kapitalismus und Liberalismus? – Das gewiß nicht! Aber ich habe bewußt nicht von einer „Bindung“ an den Sozialismus gesprochen, sondern von einer Orientierung auf ihn. Das Falsche an dem Verhältnis der Kirche zur westlichen Welt war – und ist in manchen Fällen noch heute – der Versuch einer umfassenden Synthese, die Qualifizierung dieser Welt als einer „christlichen“. Gerade diesen Fehler wollen wir in bezug auf den Sozialismus nicht wiederholen.

Die Versuchung dazu ist auch bei weitem nicht so groß wie in der bürgerlichen Gesellschaft. Denn erstens versteht sich die sozialistische Gesellschaft selbst als eine konsequent säkulare Gesellschaft, die einer christlichen Verbrämung weder bedarf noch fähig ist. Und zweitens dürfte es ja gerade eine der wesentlichsten Aufgaben der inzwischen vertieften ökumenischen Gemeinschaft sein: daß wir uns wechselseitig durch den Austausch unserer Erfahrungen immer wieder sowohl in die Solidarität, aber auch in die kritische Distanz gegenüber unseren Gesellschaftsstrukturen rufen.

Aber eben: diese Distanz ist in unserer Situation nur echt, wenn sie wirklich aus dem Glauben kommt und nicht aus einer Orientierung auf „den Westen“. So sind wir Schritt für Schritt – gewiß nicht im marxistischen Vollsinn, aber doch, wenn wir uns etwa mit unseren Brüdern aus westlichen Ländern vergleichen – als Christen „Sozialisten“ geworden oder meinen, daß wir es werden mußten – um unseres Sendungsauftrages willen, so wie Paulus an die Gemeinde in Korinth geschrieben hat, daß er den Juden ein Jude und den Griechen ein Grieche geworden ist, damit er Zeuge seines Herrn sein konnte (1. Kor 9,19 ff).

1. Die sozialistische Gesellschaftsordnung

Es ist nicht leicht, sich von überkommenen, von einer jahrzehntelangen Tradition antikommunistischer Propaganda geprägten Vorstellungen freizumachen und den Sozialismus so, wie er sich selbst sieht und versteht, ernst zu nehmen. Dies ist aber die Voraussetzung: nicht nur für ein sachliches Gespräch über Sozialismus, sondern auch für eine verantwortliche Mitgestaltung an seinem Ausbau. Darin unterscheiden wir uns von den meisten anderen Gliedern der ökumenischen Gemeinschaft, daß wir das Selbstverständnis des Sozialismus für unser Denken und Handeln ernst nehmen.

Dies ist der Grund für eine Schwierigkeit im „Ost-West-Dialog“ innerhalb der Ökumene. Wir aus dem Osten können die Position unserer Gesprächspartner aus dem Westen sehr gut verstehen, weil die meisten von uns selbst in ihrer politischen Entwicklung eine Phase durchschritten haben, in der die liberale Demokratie ihr Ideal war. Vor zehn oder fünfzehn Jahren haben manche von uns dieselben kritischen Fragen an den Kommunismus gestellt, die wir heute selbst zu hören bekommen. Aber unser Engagement in der neuen Gesellschaft hat nicht nur die meisten dieser Fragen beantwortet, sondern hat uns in der Zusammenarbeit mit Marxisten Erfahrungen machen lassen, die offensichtlich völlig jenseits des traditionellen westlichen Erfahrungsbereiches liegen. Das heißt: objektiv ist es für unsere westlichen Gesprächspartner ungleich schwerer, uns zu verstehen, als umgekehrt.

Die sozialistische Gesellschaftsordnung kann nicht wirklich beschrieben werden, wenn man nur ihre augenblickliche Vorfindlichkeit darstellen wollte. Der Marxismus betont den Prozeßcharakter der Geschichte. Was heute ist, ist geprägt von der Vergangenheit und bestimmt von der Zukunft, auf die hin es sich entwickeln soll. Trends, Tendenzen, Zielvorstellungen gehören zur Realität im umfassenden Sinne. Worin besteht das Wesen der sozialistischen Gesellschaft?

Der Aufbau des Sozialismus ist der ernsthafte und ernst zu nehmende Versuch, eine Gesellschaftsstruktur zu gestalten, die von Menschen überschaut, beherrscht und gesteuert werden kann. (Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich unterstreichen: nicht von einigen wenigen Menschen, die an den „Schalthebeln der Macht“ sitzen. Diese Konzeption läßt sich nur verwirklichen, wenn möglichst alle Glieder der Gesellschaft an dieser Aufgabe fortwährend teilnehmen.)

Das ist in der Tat ein grandioses Unterfangen. Viele Christen meinen darüber hinaus, daß diese Konzeption doch eine Ausgeburt menschlicher Hybris sei. Sollte mit ihr nicht Gott als Herr der Geschichte entthront und der Mensch an seine Stelle gesetzt werden? – Offenbaren nicht solche Fragen, wo bei zahlreichen Christen der tiefste Grund für ihre Ablehnung des Sozialismus liegt?

Es dürfte wohl an der Zeit sein, daß die moderne Theologie sich ernsthaft dieses Problems annimmt. Jedenfalls haben Christen vor einem halben Jahrtausend gegenüber den bescheidenen Versuchen, die Natur beherrschbar zu machen, genauso argumentiert. Inzwischen ist uns dies selbstverständlich geworden. Der bekannte polnische Marxist Oskar Lange hat in einem Aufsatz über „Sozialismus und Humanismus“ notiert: „Besonders bemüht sich der neuzeitliche Protestantismus, der sich mit dem Weltbild, wie es die Naturwissenschaften geben, völlig ausgesöhnt hat, die religiöse Weltanschauung mit der Spontaneität des Wirkens ökonomischer und soziologischer Prozesse zu begründen.“

Diese zutreffende Beobachtung zeigt doch nur, daß wir trotz unseres kühnen theologischen Redens nicht gewillt sind, uns den Konsequenzen der Säkularisierung wirklich zu stellen. Warum soll der Mensch nicht in der Lage sein, auch gesellschaftliche Prozesse zu steuern? Jedenfalls ist der Versuch, eine Gesellschaftsstruktur zu gestalten, in der dies möglich ist, in einer Zeit, die mehrfach gezeigt hat, daß eine Haltung, die diese Prozesse dem Selbstlauf überläßt, geradezu selbstmörderisch ist, nicht nur aller Aufmerksamkeit, sondern auch jede Unterstützung von seiten der Christen wert.

Natürlich vollzieht sich die Beherrschung der Gesellschaft durch den Menschen nicht in derselben Weise wie die Beherrschung der Natur. Auch der Marxist weiß um den qualitativen Unterschied zwischen Natur und Gesellschaft. Naturgesetze wirken auch ohne Zutun des Menschen. Gesellschaftliche Gesetzmäßigkeiten vollziehen sich nur im Handeln der Menschen. Sie determinieren nicht jede einzelne Handlung des Menschen, sondern setzen sich in großen Trends durch.

Im Kapitalismus wirken diese Gesetze elementar. Sie führen Menschen gegeneinander, ohne daß diese den Mechanismus, der da wirkt, zu erkennen vermögen. Im Sozialismus versuchen Menschen, diese Gesetzmäßigkeiten bewußt auszunützen. Friedrich Engels hat das schon vor hundert Jahren so gesagt: „Die Gesetze ihres eigenen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüber-

standen, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht ... Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Selbstbewußtsein selbst machen ... Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.“

Es soll nun die sozialistische Gesellschaftsordnung unter den Aspekten der Ökonomie, der Politik, der Kultur und der Revolution betrachtet werden. Dabei wird es unumgänglich sein, hin und wieder auf die moderne kapitalistische Gesellschaftsstruktur hinzuweisen, um deutlich zu machen, worin die sozialistische Lösung der vom Kapitalismus nicht oder nur teilweise gelösten Probleme besteht.

1. Ökonomie

Daß die Wirtschaft die Basis der modernen Gesellschaft ist – um diesen Satz zu formulieren, braucht man heute nicht Marxist zu sein. Die auf Grund der technischen Revolution schnell anwachsende Produktion materieller Güter und die damit gegebenen größeren Möglichkeiten der Konsumtion führen uns Tag für Tag vor Augen, wie sehr wir in allen Bereichen unseres Lebens von dieser Basis abhängig sind, wie sehr dies alles wirklich die materielle Basis unseres Lebens ist.

Wenn dies aber so ist, dann muß man die Frage stellen, warum dieser so eminent wichtige Sektor in den kapitalistischen Ländern in der Verfügungsgewalt einer bestimmten Gruppe bleibt und nicht in eine übergreifende politische Gestaltung des Lebens der Gesamtgesellschaft einbezogen wird. Man behauptet in diesen Ländern zwar eine gewisse Unabhängigkeit der Ökonomie von der Politik – und muß doch immer wieder die Erfahrung machen, daß die Stimme des ökonomisch Mächtigen einen ungleich größeren Einfluß auf die Politik eines Landes hat als der Stimmzettel des „normalen“ besitzlosen Staatsbürgers. Und es ist genau das Interesse der Besitzenden an diesem Einfluß, das die Einbeziehung der wirtschaftlichen Sphäre in die Kontrolle aller Staatsbürger verhindert.

Aber: ohne Demokratisierung der Wirtschaft gibt es keine echte Demokratie. Das Volk übt nur dort wirklich die Herrschaft aus, wo auch die Wirtschaft seiner Kontrolle unterworfen ist. Das ist nicht möglich ohne die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, ohne Veränderung der Eigentumsverhältnisse.

Diese Veränderung ist heute noch aus anderem Grunde dringlich geworden. Die Ausnutzung der modernen Technik zur

Steigerung der Produktion ist nur durch eine zunehmende Arbeitsteilung möglich, die wiederum eine engere Zusammenarbeit der Wirtschaftszweige notwendig macht. Deshalb kommt es zu einer immer engeren Verflechtung der Gesamtwirtschaft. Das heißt: auch im modernen Kapitalismus hat die Produktion einen sehr hohen Grad der Vergesellschaftung erreicht. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus, der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung des Produkts, spitzt sich aufs äußerste zu. Er kann nur durch eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel gelöst werden.

So dürfte die Frage nach dem Eigentum doch eine größere Bedeutung haben, als in westlichen Ländern heute vielfach behauptet wird. Natürlich hat es einen Wandel in den Eigentumsformen gegeben. Aber dadurch wird die Grundtatsache nicht aufgehoben, daß es auf der einen Seite Besitzer an Produktionsmitteln gibt und Leute, die im Auftrag dieser Besitzer darüber Verfügungsgewalt haben – und auf der anderen Seite solche, die ohne Besitz an Produktionsmitteln und deshalb abhängig sind. „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ stehen einander gegenüber.

Natürlich lebt der Arbeiter im Kapitalismus heute ungleich besser als früher. Er hat in vielen Fällen auch noch einen höheren Lebensstandard als Arbeiter in sozialistischen Ländern. Trotzdem ist damit die Theorie von der relativen Verelendung des Proletariats nicht widerlegt: Es läßt sich nachweisen, daß die Kluft zwischen dem Anteil der Arbeiter am Nationaleinkommen und dem Anteil, den sich die kapitalistischen Unternehmer aneignen, in den letzten Jahren nicht geringer, sondern größer geworden ist. Das bedeutet, daß die Polarisierung der Klassen stärker geworden ist. Mit der ökonomischen Macht ist auch der politische Einfluß der Monopolbourgeoisie gewachsen.

Damit ist nach wie vor der Klassenunterschied und -gegensatz ein wesentliches Merkmal der westlichen Gesellschaft. Wenn auch auf seiten der Arbeiter durch das bewußt gezüchtete Konsumdenken das Klassenbewußtsein schwindet, auf seiten der kapitalistischen Unternehmer ist es stark ausgeprägt. In einem Aufsatz „Der Klassenkampf ist nicht zu Ende“ konstatiert Rolf Hochhuth, daß der Klassenkampf in Westdeutschland „seit Jahren einseitig geführt“ wird. Er ruft die Arbeiter auf, diesen Kampf endlich auch von ihrer Seite wieder aufzunehmen, weil sie „damit nicht nur sich selber verteidigen, sondern die Freiheit für alle“.

Wenn in dieser Ausführlichkeit, und doch in der Knappheit auch wieder vergrößernd, auf Charakteristika der westlichen

Wirtschaftsstruktur hingewiesen wurde, so geschah das, um deutlich zu machen: Natürlich hat sich der Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten ziemlich stark gewandelt; aber das, was sich vollzogen hat, war ein Wandel in den äußeren Erscheinungsformen, nicht im Wesen der Sache. Es gibt einen „Pluralismus“ in einigen äußeren Erscheinungsformen des modernen Kapitalismus. Aber es gibt keinen Pluralismus der tatsächlichen Machtverhältnisse. Sein Hauptmerkmal ist auch heute noch nicht der Pluralismus, sondern die Polarität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Eine wirkliche Überwindung dieser Polarität ist nur durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel möglich.

Diese Vergesellschaftung ist die Grundlage für die sozialistische Gesellschaft. Dabei gibt es auch im Sozialismus eine Vielzahl von Eigentumsformen, in der Deutschen Demokratischen Republik z. B.:

- a) Volkseigentum (Industriebetriebe)
- b) genossenschaftliches Eigentum (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und Produktionsgenossenschaften des Handwerks; die Produktionsmittel sind das kollektive Eigentum aller Mitglieder der Genossenschaft, nicht des Staates wie bei a.),
- c) Privateigentum (nicht nur persönliches Eigentum an den Dingen des persönlichen Bedarfs und Verbrauchs, sondern in Restbeständen auch noch Privateigentum an Produktionsmitteln, wobei die Form der Betriebe mit staatlicher Beteiligung die Möglichkeiten des Übergangs zum Sozialismus deutlich werden läßt.)

Mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist der Grundwiderspruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems aufgehoben. Das bedeutet praktisch:

1. In einem sozialistischen Staat lebt kein Mensch davon, daß er Produktionsmittel besitzt. Keiner hat davon Profit oder politische Macht.
2. Die gesamte Wirtschaft kann nun, da sie nicht mehr von den Profitinteressen einzelner Gruppen gesteuert wird, mit dem Ziel der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft geplant werden. Die Voraussetzung dafür ist geschaffen. Die Durchführung ist ein äußerst kompliziertes technisches und organisatorisches Problem, das mit dem nicht einfachen Bemühen um die Feststellung der tatsächlichen Bedürfnisse beginnt und von der perspektivischen Vorausplanung zur Ausnutzung neuester technischer Erfindungen ausgeht.

Die Ausarbeitung des „neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ in der Deutschen Demokratischen Republik stellt einen Versuch dar, Methoden zu entwickeln, mit deren Hilfe ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den Erfordernissen der Gesellschaft und den Bedürfnissen des einzelnen erreicht werden kann. Während das alte Planungssystem einem relativ starren Mechanismus gleich, ist das neue mehr im Sinne eines kybernetischen Systems aufgebaut, in dem verschiedene Steuerungs- und Regulierungssysteme funktionieren, die eine größere Beweglichkeit gewährleisten und eine verhältnismäßig schnelle Anpassung an veränderte Situationen auch ohne zentrale Weisung ermöglichen. Früher hatte einen ökonomischen Vorteil z. B. der Betrieb, der den Plan erfüllt hatte, selbst wenn sich herausstellte, daß seine Erzeugnisse nur schwer verkäuflich waren. Nach dem neuen System, an dessen Verbesserung ständig weiter gearbeitet wird, hat derjenige Betrieb einen ökonomischen Vorteil, der produziert, was die Gesellschaft tatsächlich braucht.

3. Mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel entsteht keineswegs automatisch das notwendige neue Verhältnis des Arbeiters zu dem Betrieb, der jetzt auch ihm gehört. Er lernt erst Schritt für Schritt, was das heißt, daß dies „sein“ Betrieb ist. Das ist ein komplizierter Prozeß, weil viele Arbeiter zunächst meinen: Sozialismus – das bedeutet, daß wir nun alle so leben können wie die Kapitalisten früher. Sie begriffen erst allmählich, daß ihr Besitzverhältnis gegenüber dem Betrieb nicht ein individualistisches, sondern ein kollektives ist.

Die Steuerung, Kontrolle und Weiterentwicklung des sozialistischen Wirtschaftssystems funktioniert um so besser, je größer der Teil der Arbeiter und Angestellten ist, der bewußt und verantwortlich mitdenkt und mitarbeitet. Um dies zu fördern, werden die Informationen, die der Öffentlichkeit über wirtschaftliche Zusammenhänge gegeben werden, immer umfangreicher. Große Teile etwa der politischen Grundsatzreferate verantwortlicher Politiker befassen sich mit ökonomischen Problemen. Alle Bürger sollen so die Möglichkeit erhalten, sich über den Stand der Entwicklung der Volkswirtschaft zu informieren, damit sie an ihrem Arbeitsplatz verantwortlich und kritisch mitarbeiten können.

Darüber hinaus werden die Formen der Mitverantwortung und Mitbestimmung des einzelnen Arbeiters im Betrieb immer weiter ausgebaut. Ein führender marxistischer Ökonom, Prof. Dr. Dieter Klein, schreibt dazu: „In der Deutschen Demokratischen Republik besteht das Problem darin, unsere vom Volke

getragene Planung weiterentwickeln. Die Aufgabe ist z. B. für die Planungsorgane, die Variante für die Durchführung der technischen Revolution zu berechnen, die einen optimalen Zuwachs an Nationaleinkommen sichert ...! Dazu sind die Entscheidungen im einzelnen auf die Ebenen zu übertragen, auf denen optimale Varianten am besten zu ermitteln sind. Das schließt die bestmögliche Einbeziehung breiter Schichten der Werktätigen in die Planausarbeitung ein. Entscheidung zwischen möglichen Varianten erfordert ferner volle Entfaltung der persönlichen Verantwortung, Entscheidungsfreudigkeit und Verantwortung. Dazu gehört das Bewußtsein, sich für jede dem Sozialismus nützliche Konzeption völlig frei engagieren zu können und zu müssen. Es ist klar, daß dies insgesamt die weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie und noch wirksamere Formen ihrer Entwicklung dem Wesen der Sache nach erfordert. Wie weit über den eigenen Arbeitsplatz hinaus kann z. B. die Mitverantwortung des einzelnen Arbeiters im Betrieb real gehen? Das ist ein Problem der Etablierung der materiellen Interessiertheit, aber zugleich eine Frage des Informationsgehaltes der dem einzelnen über betriebliche oder überbetriebliche Zusammenhänge zugängigen Kenntnisse, zugleich eine Frage der Möglichkeiten der sozialistischen Demokratie auf dem gegenwärtigen Stand der technischen Entwicklung, der Volksbildung und der politischen Reife der Werktätigen. Die Entscheidung über mögliche Varianten beispielsweise kann mit Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Leitern und unterschiedlichen Ebenen verbunden sein. Was sind in diesem Falle die Erfordernisse sozialistischer Massendemokratie? Was sind ihre Möglichkeiten vom Standpunkt des Kritikvermögens über sehr komplexe Tatbestände? Ganz offensichtlich ist unser sozialistischer Weg alles andere als problemlos.“

2. Politik

Die politische Struktur der sozialistischen Gesellschaft wird durch folgende Faktoren bestimmt:

- a) Im sozialistischen Staat ist die Partei der Arbeiterklasse, die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht, die führende politische Kraft.
- b) Der sozialistische Staat stellt den Versuch dar, die wirkliche Herrschaft des Volkes zu etablieren und zu organisieren.
- c) Dabei ergeben sich ganz neue Formen politischer Zusammenarbeit.

Zu a) Der Aufbau des Sozialismus ist nicht nur eine ökonomische Frage, er ist primär die Frage der politischen Macht. Bisher war die notwendige Veränderung der Eigentumsverhältnisse nicht ohne Gewalt möglich. Die Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten der Sozialismus sowie der hohe Grad der Vergesellschaftung der Produktion auch in kapitalistischen Ländern scheinen Wege eines friedlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zu eröffnen. Freilich wird nach wie vor der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung im umfassenden Sinne nur da möglich sein, wo die marxistisch-leninistische Partei die politische Hauptkraft ist. Es gibt jedenfalls bisher in der Welt kein Beispiel dafür, wie man ohne Führung durch eine konsequent revolutionäre Partei und wie man anders als durch die Machtausübung der organisierten Arbeiterklasse zum Sozialismus kommen kann.

Zu b) Wirkliche Demokratie wird nicht dadurch erreicht, daß der Bürger aller vier Jahre einmal zur Wahl geht, sondern nur durch seine ständige Teilnahme an der Ausübung der Herrschaft. Nachdem durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die politisch relevanten ökonomischen Unterschiede zwischen den einzelnen beseitigt sind, kommt alles darauf an, diese immerwährende verantwortliche Teilnahme an der Kontrolle und Steuerung gesellschaftlicher Prozesse zu organisieren. Das ist eine mindestens ebenso komplizierte Aufgabe wie die Leitung der Wirtschaft.

Die Voraussetzung für das Funktionieren dieser sozialistischen Demokratie besteht darin, daß immer mehr Bürger sich in ihrem Handeln und Denken nicht mehr zuerst von egoistischen Interessen leiten lassen, sondern daß sie verantwortlich, d. h. unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen ihrer Mitmenschen und der Gesellschaft, ihr Leben gestalten. „Plane mit, arbeite mit, regiere mit!“ lautet eine politische Losung in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie will deutlich machen, daß die verantwortliche Lösung der Aufgabe, an der der einzelne steht, eine Form seines Mitregierens ist.

Alle grundlegenden Gesetzentwürfe, wie z. B. das Jugendgesetz, das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem, das Familiengesetz, werden in der Deutschen Demokratischen Republik, bevor sie im Parlament verabschiedet werden, in der Tagespresse veröffentlicht und in Versammlungen zur Diskussion gestellt, damit alle Staatsbürger die Möglichkeit haben, Einwände zu erheben oder Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Erst nach der Berücksichtigung dieser Vorschläge,

die dabei oft in die Tausende gehen, werden die Gesetze von der Volkskammer verabschiedet. Das ist eine weitere Möglichkeit verantwortlicher politischer Mitbestimmung durch den einzelnen Staatsbürger.

Darüber hinaus versucht man, immer mehr staatliche oder andere Verwaltungsfunktionen ehrenamtlichen Mitarbeitern zu übertragen, um auf diese Weise eine wachsende Zahl von Menschen an der Leitung gesellschaftlicher Prozesse zu beteiligen. In Großstädten werden z. B. große, der Stadt gehörende Wohnhäuser nicht von einem städtischen Angestellten verwaltet. Die Gemeinschaft der Mieter übernimmt selbst diese Aufgabe; sie kann dabei auch bestimmen, in welcher Weise die Mieteinnahmen verwendet werden. Einige Aufgaben der Gerichte sind den Konflikt- und Schiedskommissionen übertragen worden. Hier beschäftigen sich Vertreter der Bevölkerung mit Fällen von Verwahrlosung, unsozialem Verhalten und kleineren Verstößen gegen die Gesetze. Ähnliche Versuche gibt es auch in anderen Lebensbereichen.

Lenin schrieb bereits zu Beginn der zwanziger Jahre: „Unser Ziel ist, daß jeder Werktätige nach Erfüllung des achtstündigen ‚Pensums‘ produktiver Arbeit unentgeltlich an der Ausübung der Staatspflichten teilnimmt: der Übergang dazu ist besonders schwierig, aber nur in diesem Übergang liegt das Unterpfand für die endgültige Festigung des Sozialismus.“

Bei alledem geht es um die Forcierung der Entwicklung von der Diktatur des Proletariats zum Volksstaat. Der fortschreitende Übergang zum sozialistischen Volksstaat äußert sich etwa darin, daß in Justiz, Schule und Verwaltung bei der Beurteilung von Menschen zunehmend die Frage nach der sozialen Herkunft des einzelnen zurücktritt und immer mehr seine tatsächliche Leistung und Fähigkeit entscheidet. Dieser sozialistische Volksstaat stellt sich nicht in erster Linie als staatlicher Verwaltungsapparat dar, er realisiert sich im gesellschaftlich verantwortlichen Handeln der Gesamtheit seiner Bürger. So wird der Staat immer mehr aus einer Institution in der Gesellschaft zur Verfassung der Gesamtgesellschaft. Im Sozialismus lassen sich deshalb Staat und Gesellschaft gar nicht exakt voneinander trennen.

Die Konsequenz daraus ist, daß auch das traditionelle „Oben und Unten“ in der Gesellschaft allmählich eingebeutet wird. Das ist für viele Bürger zunächst verwirrend, weil verantwortliche Staatsbürgerschaft nicht mehr dadurch wahrgenommen wird, daß man tut, was „von oben“ angeordnet wird, sondern durch Übernahme eigener Verantwortung, die sich in selbständigen

Entscheidungen realisiert. Das ist für Menschen, die in einer Untertanenhaltung erzogen und aufgewachsen sind, nicht leicht. Manche von ihnen werden zu Opportunisten, indem sie in dieser neuen, verantwortliches Handeln verlangenden gesellschaftlichen Struktur wie Untertanen zu leben versuchen. Die Schwierigkeit des Opportunismus besteht darin, daß es in der neuen Gesellschaft nicht einfach ist, exakt auszumachen, wo das „Oben“ sich befindet, dem man meint „gehorschen“ zu müssen.

Ludwig XIV. hat für den feudalsolutistischen Staat gesagt: „L'état c'est moi.“ Der marxistische Dichter Johannes R. Becher formulierte für den sozialistischen Staat: Der Staat, das sind wir alle. Diese Situation wird von der Theologie nicht durch den Hinweis auf Römer 13 bewältigt. Was soll „Untertan-Sein gegenüber der Obrigkeit“ bedeuten, wenn potentiell alle Glieder der Gesellschaft zur Obrigkeit gehören?

Zu c) Die Deutsche Demokratische Republik und die anderen, am Ende des zweiten Weltkrieges entstandenen sozialistischen Staaten bezeichnen sich als „Volksdemokratien“. Was heißt das?

Lenin hat vor der Oktoberrevolution 1917 zwei kleinbürgerlich-demokratischen Parteien in Rußland die politische Zusammenarbeit mit den Kommunisten angeboten. Dieses Angebot wurde abgelehnt, so daß sowohl die Oktoberrevolution wie auch der Aufbau des Sozialismus in der UdSSR nur von einer politischen Kraft durchgeführt und vorangetrieben werden konnte: von der KPdSU.

Die Revolutionen in Osteuropa in den Jahren 1944/45 und später wurden ausnahmslos von den Kommunisten und bürgerlichen und bäuerlichen Gruppen und Parteien getragen. Es waren volksdemokratische Revolutionen. Die Zusammenarbeit mit national und demokratisch gesinnten, fortschrittlichen bürgerlich-demokratischen und bäuerlichen Gruppen, wobei die Kommunisten die Führung innehaben – das gehört zum neuen Inhalt des sozialistischen Aufbaus in einer Reihe volksdemokratischer Länder. Das ist eine Seite der Wirklichkeit des Sozialismus, die im Westen kaum gesehen wird, obwohl sie für das Leben gerade des Christen im sozialistischen Staat wichtig ist.

Schon in den dreißiger Jahren entwickelten die Kommunisten die Konzeption der Volksfront: die Konzeption des Bündnisses von Kommunisten und bürgerlichen Demokraten sowie bäuerlichen Kräften im Kampf gegen die militante Reaktion, das sich vor allem im antifaschistischen Kampf entwickelte und sich nicht zuletzt in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Faschismus bewährte. Daß nach 1945 diese Bündnispolitik

auch im Blick auf den Neuaufbau der Gesellschaft im Sinne des Sozialismus durchgehalten, vertieft und erweitert wurde, bringt etwas Neues in die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Zur Teilnahme am Aufbau und Ausbau des Sozialismus sind auch – wie in der Deutschen Demokratischen Republik – Christen als Christen aufgefordert.

In der Deutschen Demokratischen Republik ist das sozialistische Mehrparteiensystem weit entfaltet. Natürlich funktioniert es anders als das Miteinander oder das Gegeneinander politischer Parteien in einer liberalen Demokratie. Im Sozialismus sind die sozialökonomischen Ursachen für Klassengegensätze beseitigt. Auf dieser Grundlage kann und soll eine umfassende Gemeinsamkeit aller Bürger organisiert werden – eine Gemeinsamkeit, in der die Interessen der Gesellschaft mit denen des einzelnen weitgehend zusammenfallen. Das bedeutet für die politischen Parteien Zusammenarbeit zum Wohle der Gesamtheit der Bürger.

In der Deutschen Demokratischen Republik existieren fünf Parteien: die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU), die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD). Sie haben sich unter der Führung der SED zum Demokratischen Block zusammengeschlossen. Dabei trägt jede Partei eigenständig Mitverantwortung für das Ganze. Man muß feststellen, daß das Profil und Gewicht etwa der CDU in dieser Blockpolitik nicht, wie manche Leute vor Jahren meinten voraussagen zu müssen, von Jahr zu Jahr undeutlicher und schwächer geworden ist. Im Gegenteil: Ihr Profil als eine Partei von Christen ist in den letzten Jahren noch klarer geworden, ihr Gewicht hat in der Zusammenarbeit weiter zugenommen.

Die CDU hat z. B. vor zehn Jahren durch eigene Initiative entscheidend geholfen, Privatunternehmern durch die Aufnahme staatlicher Beteiligung einen neuen Weg eines menschlich guten allmählichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zu weisen. Sie hat durch ihre Vorschläge wesentlichen Anteil an der Endfassung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem genommen. Sie tut all dies natürlich nicht gegen den Sozialismus, sondern für seine positive Weiterentwicklung, wie alle anderen Parteien auch.

Diese übergreifende Zusammenarbeit auf allen Ebenen des politischen Lebens hat weitere Konsequenzen, von denen noch drei genannt werden sollen:

1. Wenn alle fünf Parteien grundsätzlich zusammenarbeiten, dann können sie bei einer Neuwahl der Volkskammer oder der Parlamente in den Bezirken, Kreisen, Städten und Dörfern nicht gegeneinanderstehen. Für die Wahlen stellen sie gemeinsam erarbeitete Einheitslisten auf, auf denen alle Parteien anteilig vertreten sind.

2. Es kann auch keine institutionalisierte Opposition geben. Kritik von Fehlern und Mißständen gehört grundsätzlich zu politischer Verantwortung. Sie soll um der Sache und nicht um der Opposition willen geübt werden.

3. Bei allen wichtigen Abstimmungen bevorzugen die gesellschaftlichen Kräfte deshalb das Prinzip der Einstimmigkeit, nachdem alle ernsthaften Meinungen berücksichtigt sind. Vorlagen für die Parlamente beispielsweise werden deshalb in den Ausschüssen so lange beraten, bis die Vertreter aller Parteien ihr Ja dazu sagen können.

Die eigentliche Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus liegt darin, daß der Sozialismus auf allen Lebensgebieten Modelle der Zusammenarbeit, Modelle kollektiver Verantwortung und menschlicher Gemeinsamkeit entwickelt. Die heute entdeckten und freigesetzten gewaltigen Kräfte in Natur und Gesellschaft können bewältigt und gebändigt werden nicht mehr durch ein individuelles Herangehen an die Probleme, sondern nur durch ganz neue Formen der Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit. Der Sozialismus stellt sich dieser weltweiten Aufgabe und hat in der Praxis bewiesen, daß er imstande ist, sie zu lösen.

3. Kultur

Der Marxismus spricht von der Einheit von Politik, Ökonomie und Kultur. Walter Ulbricht sagte in seiner Rede auf der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED im Dezember 1965: „Das Kulturniveau der Werktätigen wird immer mehr zur entscheidenden Vorbedingung der schöpferischen Aktivität in der Arbeit und bei der Leitung von Staat und Wirtschaft.“ Es ist klar: wer die komplizierten Prozesse des gesellschaftlichen Lebens, von denen hier nur andeutungsweise gesprochen werden konnte, verantwortlich mit steuern will, der braucht

- a) klare gesellschaftliche Zielvorstellungen,
- b) umfassendes Wissen,
- c) eine saubere moralische Haltung, die sich im Umgang mit dem Mitmenschen bewährt.

Der Sozialismus will nicht nur eine technisch begründete Arbeitsgemeinschaft, er will eine umfassende Lebensgemeinschaft sein; diese ist ohne Grundzüge einer gemeinsamen Weltanschauung nicht möglich. Das bedeutet keineswegs die Aufhebung persönlicher Freiheit; nur in der bewußten Teilnahme an dieser Gemeinsamkeit realisiert sich heute die Freiheit des einzelnen. Ohne diese Gemeinsamkeit wäre die Planung unmöglich, die unsere Welt davor bewahrt, in ein Chaos auseinanderzufallen. Solche Planung ist nicht das Gegenteil von Freiheit. Günter Anders hat festgestellt: „Planung ist nicht die Antipodin von Freiheit, sondern deren Verwirklichung.“

4. Revolution

Ökonomie, Politik und Kultur sind die drei in wechselseitiger Beziehung zueinander stehenden Hauptbereiche der sozialistischen Gesellschaft. Revolution ist gleichsam der Grundhabitus, das Grundprinzip der Gesellschaft, und zwar in doppelter Weise.

a) Der sozialistische Staat, die sozialistische Gesellschaft ist aus einer Revolution hervorgegangen, sie können nicht ohne Revolution entstehen. Dabei meint Revolution zunächst den Wechsel sozialökonomischer Formationen, die Beseitigung der bestehenden sozialökonomisch bedingten Machtstrukturen und die Durchsetzung neuer Strukturen.

Dies geschah nach 1945 im Osten Deutschlands. Der westdeutsche Publizist Sebastian Haffner hat die Deutsche Demokratische Republik das Ergebnis der „ersten erfolgreichen Revolution in der deutschen Geschichte“ genannt. Die aus Emigration und Illegalität zurückkehrenden Marxisten hatten erkannt, daß das, was 1945 so schrecklich endete, nicht erst 1933 begann, sondern seine Wurzeln tief in der deutschen Geschichte hatte: in der Tatsache, daß in Deutschland seit dem 16. Jahrhundert keine Revolution siegreich hatte zu Ende geführt werden können, daß die Deutschen – wie Karl Marx gesagt hatte – nie die Revolutionen, sondern immer nur die Konterrevolutionen der Weltgeschichte mitgemacht hatten. Sie sahen, daß eine grundsätzliche revolutionäre Wende in Deutschland notwendig war, wenn diese Vergangenheit bewältigt werden und nicht noch einmal unsere Zukunft verderben sollte. Ihnen schloß sich eine beträchtliche Zahl von Nichtmarxisten an, die der Schock des Faschismus zur Einsicht gebracht hatte, daß man nicht einfach dort wieder anknüpfen konnte, wo die Hitlerdiktatur die Entwicklung abgebrochen hatte.

Im Begriff der Revolution ist der der Gewalt enthalten. Dies meint jedoch nicht, daß eine bewaffnete Erhebung mit Blutvergießen zu jeder echten Revolution gehöre. Natürlich mußten viele revolutionäre Maßnahmen mit der Macht des Staates durchgesetzt werden. Im Vergleich mit anderen Revolutionen in der Geschichte allerdings war das, was sich in der Deutschen Demokratischen Republik seit 1945 vollzog, hinsichtlich der Mittel und Methoden eine ausgesprochen friedliche Umwälzung, vor allem auch dadurch, daß von Anfang an Vertreter aller mit der Arbeiterklasse verbündeten Volksschichten in die Revolution einbezogen waren und daß eine Reihe von ökonomischen und anderen Modellen für einen friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus entwickelt wurden, wie z. B. die Betriebe mit staatlicher Beteiligung.

b) Noch in einem anderen Sinne ist die Revolution Grundprinzip des Sozialismus. Bertolt Brecht hat darauf hingewiesen, daß sich die sozialistische Revolution von allen früheren Revolutionen dadurch unterscheidet, daß sie nicht mehr in einen Zustand relativer gesellschaftlicher Stabilität hineinführt, sondern gewissermaßen in die Dynamik einer permanenten Revolution ausmündet. Diese Dynamik wird durch die technische Revolution noch verstärkt. Der Sozialismus wird niemals eine „perfekte Gesellschaft“ sein, er befindet sich immer in Bewegung und entwickelt sich durch Widersprüche und ihre Lösung hindurch fort.

Oskar Lange schreibt: „Der wissenschaftliche Sozialismus kennt keine Eschatologie, er glaubt nicht an das Herannahen einer Zeit, in der alle Widersprüche des individuellen und kollektiven menschlichen Lebens verschwinden. Dagegen ist es sein Ziel, diese Widersprüche zielbewußt zu lösen und durch geschickte Anwendung der von der Wissenschaft erkannten soziologischen und ökonomischen Gesetze das Leben der menschlichen Gesellschaft zu lenken. Die Überwindung der Spontaneität der gesellschaftlichen Entwicklung beseitigt die Grundlagen der Entmenschlichung ökonomischer und soziologischer Prozesse, sowohl in ihrer naturalistischen als auch supranaturalistischen Gestalt. Das gesellschaftliche Leben der Menschen erweist sich solcherart als ein Produkt der menschlichen Tätigkeit, ein früher unbewußtes und unbeabsichtigtes, in Zukunft immer bewußteres und mit den Absichten des Menschen im Einklang stehendes Produkt.“

Die moderne sozialistische Literatur spiegelt dies wider. Während in den Romanen sozialistischer Autoren vor zehn oder zwanzig Jahren den Helden Schwierigkeiten nur aus im Grunde

vermeidbaren Fehlern und Irrtümern entstanden, wird heute dargestellt, daß gerade die überzeugtesten Sozialisten in die echtesten und tiefsten Konflikte geraten, wie etwa der Roman „Schlacht unterwegs“ der sowjetischen Autorin Galina Nikolaiewa zeigt. Der Schriftsteller Erik Neutsch schreibt: „Das Wichtigste aber ist wirklich, am Leben teilzunehmen, nicht einfach nur zu leben, sondern zu ändern und bereit zu sein, sich in der täglichen Arbeit ändern zu lassen, revolutionär zu leben.“

II. Christliche Existenz in der sozialistischen Gesellschaft

Das also ist die gesellschaftliche Wirklichkeit, in der wir leben – so, wie sie von Marxisten und Nichtmarxisten gestaltet und geplant wird – so, wie sie auch von einem Christen gesehen werden kann, wenn er nicht von vornherein darauf aus ist, seine antisozialistische Haltung durch den einseitigen Hinweis auf Unschönheiten, Fehler und bedauernswerte Entgleisungen (die natürlich auch da sind und nur allzuoft auf die bürgerliche Vergangenheit oder auf das Einwirken der kapitalistischen Umwelt zurückgehen) zu begründen und zu festigen. So sieht die Wirklichkeit für einen Christen aus, der sie als gesellschaftlichen Raum für sein Zeugnis und seinen Dienst ernst nimmt – und daß heißt doch wohl: unter der Herrschaft Gottes glaubt.

Man kann die Frage stellen, ob es überhaupt zugänglich ist, unser Thema so zu behandeln, wie ich es versucht habe: mit einer breiten Schilderung der gesellschaftlichen Wirklichkeit am Anfang und ein paar Bemerkungen zur christlichen Existenz am Schluß. Hätte man nicht umgekehrt anfangen müssen mit dem Versuch einer Theologie der Gesellschaft, von der her dann auch das rechte Licht fallen würde auf die konkreten Verhältnisse, in denen wir leben? Solche Versuche gab es einige in den vergangenen Jahren; nur stießen sie kaum zu den wirklichen Problemen durch. Das hat zwei Gründe:

a) Auch viele derjenigen, die am weitesten in die neue Gesellschaft hineingegangen sind, können ihre Position noch immer nur mit Hilfe von Denkkategorien „westlicher“ Theologen beschreiben. Natürlich steht auch der Sozialismus in der Kontinuität der Geschichte; deshalb konnte auf einer Strecke unseres Weges manches von dem, was in einigen Bereichen der „westlichen“ Theologie gedacht wurde, relativ hilfreich sein. Es half uns, nahe an unsere Wirklichkeit heranzukommen – aber auf diese Weise sind wir nie ganz in dieser Wirklichkeit angekommen.

men. Wir brauchen andere, eigene, neue Begriffe für wichtige Dinge und vor allem ein neues inneres Verhältnis zu ihnen. Eine wirkliche Besinnung auf die Existenz des Christen im Sozialismus muß heute mit dem Ernstnehmen der gesellschaftlichen Wirklichkeit beginnen. Wenn wir mit der Theologie beginnen, dann scheint es so, als ob wir alle Antworten schon in der Tasche hätten, dann nehmen wir das Neue an der Situation nicht ernst.

b) Wir leben in einer neuen Situation; uns bedrängen viele Fragen; auf viele von ihnen hat die Theologie noch keine gültigen Antworten. Man hat in der Diskussion über die Theologie der missionarischen Verkündigung darauf aufmerksam gemacht, daß „Erweckung“ nicht im wohlgesicherten geistlichen Raum passiert, sondern immer auf der Grenze zwischen Kirche und Welt, da, wo Christen sich in der Bindung an Gottes Wort ganz einer neuen Situation aussetzen. Wir versuchen das hier zu tun. Dabei passiert es immer wieder, daß in unserer konsequent säkularen Gesellschaft Christen da, wo sie mit Nichtchristen in der Gesellschaft zusammenarbeiten, gefragt werden: Was sagst du als Christ dazu? Diese Frage hat schon manchen wieder in Richtung auf die Kirche in Bewegung gesetzt. Vielleicht besteht unser größtes Problem darin, daß die traditionellen Gemeinden diese Fragen auch nicht beantworten können.

Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistisches Land, in dem der theoretisch vom Marxismus geprägte Sozialismus auf eine große protestantische Kirche trifft. In dieser Begegnung brechen Fragen neu auf nach dem Atheismus und der Säkularisierung, nach der politischen Verantwortung des Christen und der theologischen Relevanz gesellschaftlicher Strukturen, nach dem Verständnis der Geschichte, nach dem Verhältnis des Christen zu Humanismus und Revolution. Im folgenden sollen ein paar dieser Fragen genauer formuliert und einige Erfahrungen mitgeteilt werden.

1. Das Verhältnis des Christen zur Revolution

Die sozialistische Revolution ist nicht von Christen begonnen worden. Die Mehrheit der Christen stand zunächst abseits, wenn nicht gar auf der Gegenseite. Die Kirchen als Ganzes gehörten in Deutschland auf Grund ihrer engen Bindung an die herrschenden gesellschaftlichen Mächte immer zu den konservativen Kräften. Die sozialistische Revolution war ein Gericht über diese falsche Bindung der Kirche im Sinne der Feststellung

des 1947 in Darmstadt verfaßten Wortes des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche zum politischen Weg unseres Volkes: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine ‚christliche‘ Front aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert. Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen.“

Die Kirche hat dieses Wort nicht ernst genommen. Statt einer gesellschaftlichen Neuorientierung, wie sie das Darmstädter Wort forderte, verfestigte sie sich in den ersten Jahren nach 1945 in ihrer antirevolutionären Position: Was sie gegenüber dem leidenden Proletariat im 19. Jahrhundert nie getan hatte – für die Armen und Verfolgten einzutreten –, das tat sie im Blick auf die von der Revolution betroffenen Schichten: Scharen von ehemaligen Offizieren, Richtern, Staatsbeamten und Lehrern des Hitlerreiches strömten in die Kirche und wurden dort Pfarrer oder kirchliche Verwaltungsbeamte. Nur bei einem kleinen Teil von ihnen bedeutete das eine Abkehr von der Vergangenheit. Während in der Bundesrepublik viele dieser Männer nach 1949 wieder in Staat, Justiz und Schule zurückgehen konnten, blieben sie in der Deutschen Demokratischen Republik in der Kirche. Sie trugen nicht wenig zur Stabilisierung einer antisozialistischen Haltung in verschiedenen kirchlichen Kreisen bei.

So konnten es nur einzelne Christen und Gruppen von Christen sein, die sich der Herausforderung der Revolution stellten. Ihre Erfahrungen können in vier Punkten zusammengefaßt werden:

a) Sie kamen zumeist nicht aus revolutionärem Enthusiasmus zur Solidarität mit der Revolution, sondern oft zögernd, Schritt für Schritt, auf Grund nüchterner Überlegung. So sehr sich das Fehlen eines revolutionären Enthusiasmus zu Beginn als Mangel zeigte – auf die Dauer erwies es sich als positiv, daß diese Entscheidung weithin von vernünftiger Überlegung getragen war. Sie war dadurch gefeit gegen die Enttäuschung, die sich gerade nach revolutionärer Begeisterung häufig einstellt. In einem viel beachteten Fernsehfilm wurde kürzlich in der Deutschen Demokratischen Republik der Entwicklungsweg eines Intellektuellen bürgerlicher Herkunft von 1935 bis zur

Gegenwart dargestellt. Auf die Frage: „Bist Du eigentlich gern zu den Kommunisten gegangen?“ antwortet dieser Mann: „Nein! Aber ich bin gern geblieben!“ Dies umschreibt gut die Haltung auch vieler Christen zu ihrem sozialistischen Staat.

b) Verantwortliche Teilnahme an der Revolution setzt bei Christen den Versuch einer historischen Standortbestimmung voraus. Dabei geht es nicht um den Entwurf einer Geschichtstheologie. Weil der Mensch ein geschichtliches Wesen ist, kann er ohne Beurteilung der geschichtlichen Vergangenheit nicht verantwortlich Gegenwart und Zukunft gestalten.

c) Der Christ kann nur die Revolution unterstützen, der es nicht um abstrakte politische Ideale geht, sondern um den Menschen, genauer um die Humanisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse; denn das Leben des einzelnen hängt vom Zustand der Gesellschaft ab. Der unblutige Charakter der Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik sowie die Etablierung menschlich zuträglicher Übergangsformen – zum Teil gerade durch die Mitarbeit von Christen geschaffen – sind Zeichen solcher humaner Zielsetzung bei aller zeitweilig schmerzlicher Härte.

d) Wenn es Ansätze zu einer kirchlichen Erneuerung in der Deutschen Demokratischen Republik gibt, dann kommen die Anstöße dazu meist von den christlichen Gruppen, die mit der Revolution solidarisch sind. Es gibt offensichtlich ein bestimmtes Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Veränderung und kirchlicher Erneuerung, zwischen Revolution und Reformation. Da echte kirchliche Erneuerung aus der Konfrontation mit der Welt ihren Anstoß erhält, kann sie doch wohl nur dort geschehen, wo gesellschaftliche Umgestaltung sich vollzieht. Es ist bemerkenswert, daß in Westdeutschland alle aus dem theologischen Ertrag des Kirchenkampfes geborenen kirchlichen Erneuerungsversuche versandeten, nachdem sich im gesellschaftlichen Raum der Trend zur politischen Restauration durchgesetzt hatte. Umgekehrt sind etwa die Aussagen des Stuttgarter Schuldbekennnisses und des Darmstädter Wortes in den christlichen Gruppen in der Deutschen Demokratischen Republik lebendig, die sich von der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft zu verantwortlichem Mittun herausfordern ließen.

2. Übernahme der gesellschaftlichen Mitverantwortung

Wenn man mich fragte, was ich nach meiner Erfahrung für das eigentlich Bedrängende für den Christen in der Deutschen Demokratischen Republik halte, dann würde ich antworten:

nicht die atheistische Propaganda, sondern der Umstand, daß ich laufend zur Mitverantwortung und Mitarbeit beim Aufbau der Gesellschaft herausgefordert werde.

Politische Verantwortung zu übernehmen ist unbequem – in allen Gesellschaftsordnungen. Es ist bequemer, zuerst an sich und die Seinen – in begrenztem Umkreis – zu denken. Das mit dem Fortschritt der Technik und Industrie gesteigerte „Konsumdenken“ fördert diese Art von Bequemlichkeit. Im Politischen begegnet uns heute das Paradigma für das „Dasein für andere“, das Bonhoeffer als das Merkmal christlicher Existenz beschrieben hat. Thomas Mann schrieb während des spanischen Bürgerkrieges: „In der Gestalt des Politischen ist uns heute die Frage des Menschen selbst mit einem letzten und lebensgefährlichen Ernst gestellt“. Deshalb gehört politische Verantwortung heute zum Zeugnis und Dienst des Christen.

Aber die Frage nach der politischen Verantwortung, wie jeder Verantwortung, ist nicht nur eine Frage nach dem guten Willen des einzelnen, sie ist ebenso sehr eine Frage nach der Struktur der Gesellschaft. Es gibt gesellschaftliche Verhältnisse, die verantwortliches Leben des einzelnen fördern und fordern, und solche, die es erschweren. Eine methodistische Synode in den USA hatte bereits in der Zeit der Wirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre konstatiert: „Solange der Wunsch nach persönlichem Gewinn das regulierende Prinzip unseres modernen Wirtschaftslebens ist, so lange wird das Menschliche des Menschen immer wieder aufs Spiel gesetzt“. In dieser Situation des Konkurrenzkampfes, der noch heute ein wesentliches Merkmal der kapitalistischen Wirtschaft ist, ist es für alle Beteiligten schwer, im umfassenden Sinne verantwortlich – und eben nicht egoistisch – zu reagieren.

Um dem damit aufbrechenden Dilemma zu entgehen, proklamierten ernsthafte Christen zu Beginn dieses Jahrhunderts eine doppelte Ethik: die Nächstenliebe gilt nur für Familie und Freundeskreis. Im gesellschaftlichen Bereich herrschen andere, eigene Gesetze, denen sich auch der Christ anpassen muß. Damit begann eine verhängnisvolle Auswanderung des Christen aus der Gesellschaft und eine Privatisierung der christlichen Existenz, die noch heute nachwirkt, etwa wenn wir Weihnachten als das „Fest der Familie“ feiern.

Die herausfordernde Erfahrung, die Christen heute im Sozialismus machen, besteht darin, daß diese bewußt säkulare Gesellschaft der Privatisierung der christlichen Existenz entgegenwirkt. Sie ist so strukturiert, daß sie am besten funktioniert, wenn möglichst viele nicht nur egoistisch an sich denken, son-

dern Verantwortung übernehmen. So öffnen sich dem Christen ganz neue Dimensionen für verantwortliches Handeln – und das heißt für ihn gleichzeitig: für seinen Zeugendienst. Denn er kann als Christ nicht verantwortlich leben, ohne darin zu zeigen, daß seine Verantwortung, seine Antwort nicht nur dem Mitmenschen gilt, sondern im Mitmenschen Gott. So muß sich die Gesellschaft in seiner verantwortlichen Mitarbeit das Zeugnis von Gnade und Gericht Gottes gefallen lassen. Das bringt allerdings nicht nur Freude, sondern auch – wie könnte es anders sein – Spannung.

Wo Christen sich dieser Herausforderung versagen, da ist meist geistliche Schwäche und Unmündigkeit der Grund. Sie waren es bisher nicht gewöhnt, in der Öffentlichkeit als Christen aufzutreten. Die Kirchen haben noch kaum etwas getan, um sie zuzurüsten und ihre Unfähigkeit, außerhalb von Kirche und Familie als Christen zu leben, überwinden zu helfen. Hinzu kommt natürlich die traditionelle politische Abstinenz des deutschen Protestantismus, und vor allem des Pietismus, dem Politik immer ein schmutziges Geschäft war.

In der Vergangenheit war diese Haltung nicht einmal ganz unbegründet. In der Klassengesellschaft bedeutete politische Aktivität entweder Kampf gegen die Herrschaftsverhältnisse (ein jedem „guten“ Protestanten fernliegender Gedanke) oder Teilnahme an der Unterdrückung der Beherrschten (für viele Christen gleichfalls eine vielleicht notwendige, aber nicht von ihnen zu erledigende Angelegenheit). Wo die Klassengegensätze überwunden und die Demokratie konsequent verwirklicht werden, bedeutet Anteilnahme an der Ausübung der Herrschaft nicht mehr Unterdrückung der einen durch die anderen, sondern Dienst am Ganzen.

Man hat den Vollzug politischer Verantwortung durch Christen politische Diakonie genannt. Wenn politische Diakonie in erster Linie Dienen heißt, dann gibt es die größten Möglichkeiten für solchen verantwortungsbewußten Dienst dort, wo – wie im Sozialismus – Herrschen und Dienen eine dialektische Einheit bilden.

3. Modell politischer Mitarbeit

Im Blick auf die politische Verantwortung des Christen ist in der Ökumene eine merkwürdige Situation entstanden. Niemand bestreitet heute ernsthaft mehr, daß politische Verantwortung ein wesentliches Stück des christlichen Zeugnisses ist.

Aber bei der Frage nach dem „Wie“ herrscht eine große Unsicherheit und Verlegenheit.

Die Methodistenkirche in den USA hat vor ein paar Jahren eine Umfrage unter 600 000 ihrer Glieder zu diesem Problem veranstaltet. Fast alle Befragten äußerten die Meinung, daß natürlich der Glaube „irgendwie“ auch mit Politik und Öffentlichkeit zu tun habe; aber kaum einer war imstande, diesen Zusammenhang zu beschreiben oder gar anzugeben, welche praktischen Konsequenzen das habe. Die Veranstalter der Umfrage kommen zu dem Resultat, daß es in der amerikanischen Gesellschaft an Modellen für eine kontinuierliche politische Arbeit von Christen fehle.

Offensichtlich ist es der individualistische Grundansatz in der herkömmlichen christlichen Ethik, der Christen hindert, die richtige Einsicht in die Notwendigkeit politischer Verantwortung zu praktizieren. Zur politischen Verantwortung gehören Organisation und Kontinuität. Die Christlich-Demokratische Union in der Deutschen Demokratischen Republik versucht, ein solches Modell für Christen in einem sozialistischen Staat darzustellen. Ohne die politische Mitarbeit von Christen monopolisieren zu wollen, hat sie in den vergangenen Jahren Erfahrungen gewonnen, die helfen können, die Frage nach der politischen Verantwortung der Christen zu klären:

a) Die CDU versteht sich nicht als „christliche Partei“ im alten Sinne. Sie nennt sich bewußt eine Partei von Christen. Der erste Satz ihrer neuen, 1964 beschlossenen Satzung lautet: „Die Christlich-Demokratische Union ist eine demokratische Partei, in der sich Christen der Deutschen Demokratischen Republik zur Mitarbeit an der Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung, am umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und an der friedlichen Lösung der deutschen Frage zusammengeschlossen haben.“

b) Die CDU ist die erste Partei von Christen, die keine „christliche“ Politik betreibt. Sie versucht ihre Aktionen an sachlichen Kriterien zu orientieren. Das hängt damit zusammen, daß nach ihrer Überzeugung der Christ aus dem Neuen Testament kein Idealbild einer „christlichen Gesellschaft“ ableiten kann, daß es keine spezifisch christlichen Lösungen politischer, sozialer und ökonomischer Fragen gibt. Wenn das so ist, dann müssen Christen fragen, welche säkulare Gesellschaftskonzeption am besten geeignet ist, die anstehenden Aufgaben zu lösen. Die Mitglieder der CDU haben sich in ihrer Situation für die sozialistische Konzeption entschieden.

Da es keinen „christlichen Sozialismus“ geben kann, organisiert die CDU die Mitarbeit der Christen beim Aufbau des Sozialismus. Indem sie dies tut, verhilft sie den Christen dazu, ihre gleichberechtigte und gleichverpflichtete Rolle als Bürger des sozialistischen Staates zu realisieren. Dabei geht es ihr nicht um ein falsches Bindestrich-Christentum. Pfarrer Götz Bickelhaupt stellte dazu fest: „Die CDU in der Deutschen Demokratischen Republik hat solchen Vorstellungen von Bindestrich-Christentum ein für allemal den Abschied gegeben. Sie gibt nicht als christlich aus, was notwendig und vernünftig ist, sondern sammelt Christen zu solchem notwendigen und vernünftigen Tun.“

c) Die CDU ist die erste Partei von Christen, die den traditionellen christlichen Antikommunismus in ihren eigenen Reihen überwunden und die Zusammenarbeit mit Kommunisten zum Grundprinzip ihres Handelns gemacht hat. Sie hat das getan, weil sie die Gefährlichkeit einer „christlichen“ Anti-Ideologie (die eine Verfälschung des Evangeliums ist) erkannt, aber auch weil sie den Antikommunismus als politische Grundtorheit unseres Jahrhunderts (Thomas Mann) erfahren hat.

Alle in den vierziger Jahren in Westeuropa neu gegründeten christlichen Parteien begannen ihren Weg programmatisch als „Parteien der Mitte“. Wenn sie heute ausnahmslos mehr oder weniger auf der politischen Rechten ihrer Länder stehen, dann liegt eine entscheidende Ursache dafür in ihrer antikommunistischen Grundorientierung.

d) Die CDU ist eine Partei von Christen, die ihren Auftrag bewußt als politische Diakonie versteht. Sie strebt nicht nach Herrschaft über andere, sondern meint, daß sie im dienenden Mitgestalten — menschlich gesprochen — den Raum für die christliche Existenz im Sozialismus findet. So erkennt sie die führende Rolle der SED an, was von der Sache her auch in ihrem Ja zur marxistischen Gesellschaftskonzeption begründet ist.

e) Dabei weiß die CDU, daß sie als eine Partei von Christen auf die Gemeinde angewiesen ist. Darin ist sie fundamental von einer marxistischen Partei unterschieden. Die marxistische Partei betreibt nicht nur praktische Politik, sie hat gleichzeitig ein gewisses „Lehramt.“ Da die marxistische Ideologie auf dem Grundsatz der dialektischen Einheit von Theorie und Praxis aufgebaut ist, kann und muß die Partei verbindlich sagen, was ein Marxist in einer bestimmten Situation zu tun hat.

Die CDU gibt ihren Mitgliedern aus dem Schatz ihrer politischen Erfahrung gleichfalls Hinweise für ihr politisches Han-

deln. Sie kann jedoch nicht mit lehrhafter Autorität sprechen. Das konkrete Gebot ergeht für den Christen in der Verkündigung in der Gemeinde, es ereignet sich in der Konfrontation mit Gottes Wort.

Das Verhältnis der CDU zu kirchenleitenden Kreisen war Jahre hindurch dadurch beeinträchtigt, daß eine nach dem Westen blickende, dem Sozialismus ablehnend gegenüberstehende Kirche nicht selten in den Mitgliedern der CDU Verräter an ihrer Sache erblickte. Je mehr die Kirche in letzter Zeit den sozialistischen Staat wenigstens als „Obrigkeit“ ernst nimmt, um so mehr normalisiert sich auch ihre Beziehung zur CDU.

Ende 1964 sagte der thüringische Landesbischof D. Mitzenheim vor seiner Synode: „Ich halte es für angezeigt, daß die evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik ihr Verhältnis zu dieser Partei überprüfen. Das Anliegen der CDU, das hinter ihrer Arbeit von Anfang an gestanden hat, die christlichen Bürger unserer Republik für ein vernünftiges und sachliches politisches Engagement zu gewinnen, soll man nicht beiseiteschieben. Gewiß wird sich nicht die Kirche mit einer Partei verbinden oder verbünden, sondern ihre Eigenständigkeit wahren. Sie wird auch das, was sie in politischer Verantwortung zu sagen hat, selbst zu vertreten haben. Ich halte es für richtig und wichtig, daß das Sachgespräch mit einer Partei nicht abreißt, die bewußt die Christen als gleichberechtigte Mitarbeiter auch in unserem neuen sozialistischen System eingegliedert wissen will.“

Zusammenfassend wird man sagen müssen, daß die Präsenz des Christen in der sozialistischen Gesellschaft heute weithin durch die Mitglieder der CDU realisiert wird. Das ist vor allem auch deswegen so, weil die meisten der neu entstandenen bruderschaftlichen Gruppen und Kreise dem Trend zum Ghetto nicht ganz entgangen sind.

4. Der Christ und die sozialistische Ideologie

Wer als Christ verantwortlich am Aufbau des Sozialismus teilnimmt, sieht sich bald vor das Problem der sozialistischen Ideologie gestellt.

a) Der Begriff „Sozialismus“ meint zwei von einander verschiedene Dinge:

eine Gesellschaftsordnung, bestimmte Strukturen menschlichen Zusammenlebens, die zunächst weltanschaulich neutral

sind, und den wissenschaftlichen Sozialismus: die Theorie des Marxismus-Leninismus, zu dessen integrierenden Bestandteilen der Atheismus zählt.

Beides gehört in der Weise zusammen, daß es offensichtlich nur mit der Theorie des Marxismus-Leninismus möglich ist, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Der Christ kann es sich also nicht so leicht machen, daß er den Sozialismus als Gesellschaftsordnung bejaht und die sozialistische Ideologie ablehnt. Wenn sein Ja Bedeutung haben und zur Tat werden soll, dann wird er auch die sozialistische Ideologie aufnehmen müssen, allerdings nicht total. Indem er sich der Erkenntnisse der Gesellschaftswissenschaft ebenso bedient wie der neuesten Ergebnisse der Naturwissenschaft: als Instrument zur Weltbewältigung – und indem er dies bewußt als Christ, als lebendiges Glied der Gemeinde tut, distanziert er sich zugleich vom Atheismus der marxistischen Theorie, soweit es dabei um einen Atheismus als Lebenshaltung geht.

b) Die Behauptung, daß Christen, weil sie ihren Glauben hätten, frei von Ideologien sein könnten und sollten, gehört wohl zu den theologischen Fehlleistungen, die das sachliche Gespräch heute am meisten belasten. Am verhängnisvollsten erweist sich die Bindung an Ideologien immer dort, wo diese Bindung bestritten wird. Hans Joachim Iwand hat vor Jahren gesagt: „Ich bin der Meinung, daß der Mensch ohne Ideologie nicht leben kann, und zwar deswegen, weil wir keine Tiere sind.“

Jan Milić Lochman führte das weiter aus: „Der Mensch ist ein ideologisches Wesen – ein ‚homo ideologicus.‘ Er lebt, indem er denkt. Er tritt in seine Welt hinein, indem er sich Gedanken darüber macht, versucht, diese Welt – seine innere und äußere Welt – denkend zu ordnen und zu bewältigen. Er lebt in der Gesellschaft, indem er seine Leitbilder projiziert und ihnen mehr oder weniger folgt. Er täuscht sich dabei vielleicht, vielleicht wird er getäuscht, vielleicht täuscht er die anderen. Aber er denkt und sucht und findet wohl auch. Jedenfalls kann er nicht anders. Das ist die Bindung seines Lebens, vor allem seines gesellschaftlichen Lebens. Die menschliche Gesellschaft ist kein Ameisenhaufen. Die Ideologie ist ein Mittel gegen die Unordnung der Menschen und gegen die Ordnung der Ameisen.“

Wenn also die Alternative „Ideologie oder Glaube“ falsch ist, dann bleibt für den Christen nur die Frage, welche Ideologie seiner Zeit er für das relativ brauchbarste Instrument bei der Weltgestaltung hält. Im Verhältnis zum christlichen Glauben sind alle Ideologien gleich, keine steht ihm näher oder ferner. Aber vielleicht ist die Ideologie gerade auch ein Ort, an dem der

Christ seine Solidarität mit dem Nichtchristen praktizieren kann. Jedenfalls würde der Versuch, in der sozialistischen Gesellschaft den christlichen Auftrag in Kategorien einer bürgerlichen Ideologie zu beschreiben, das Zeugnis unverständlich und unglaubwürdig machen sowie Dialog und menschliche Begegnung mit dem Marxisten verhindern. Um seines Zeugnisses willen wird der Christ im sozialistischen Staat also in Kategorien der sozialistischen Ideologie zu denken suchen.

Dabei kann die Ideologie für den Christen natürlich niemals das Letzte sein. Der Glaube setzt ihn in eine kritische Distanz zur Ideologie, aber er hebt sie nicht auf. Im Bewußtsein solcher Begrenzung und Vorläufigkeit wird der Christ im Sozialismus die sozialistische Ideologie aufnehmen können.

5. Schöpferischer Beitrag

Christen können nur dann einen schöpferischen Beitrag (und das heißt doch wohl einen Beitrag, der etwas Neues, nur von ihnen zu Leistendes hinzufügt) zum Aufbau des Sozialismus leisten, wenn sie sich engagieren, aber nicht aus einer Zuschauerhaltung heraus. Politische Verantwortung ist eine Sache der Praxis. Sie kann in ihren Dimensionen nur von dem wirklich erkannt und ausgefüllt werden, der zu solcher Praxis bereit ist. Wer in der Zuschauerhaltung verharrt, dem verzerren sich die Perspektiven und Dimensionen. „Es ist nichts, Beobachter zu sein; ein Beobachter sieht nichts“, hat Johannes Bobrowski, der 1965 verstorbene evangelische Dichter, gesagt.

Daß Christen durch ihre Mitarbeit auch der Konzeption des Sozialismus manches Neue hinzugefügt haben, das ist vor allem in einem Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, und Theologen am 9. Februar 1961 deutlich geworden. Walter Ulbricht hatte in einer Programmatischen Erklärung festgestellt: „Das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze“. Befragt, wie er dazu komme, einen solchen für einen marxistischen Staatsmann bemerkenswerten Satz zu sprechen, antwortete er mit dem Hinweis auf die praktischen Erfahrungen, die die Marxisten in der Deutschen Demokratischen Republik seit 1945 mit jenen Christen gemacht haben, die nicht nur loyale Staatsbürger waren, sondern in der Gemeinsamkeit mit Marxisten schöpferisch an der Gestaltung der neuen Gesellschaftsordnung mitgewirkt haben. Dieses praktische Engagement von Christen (und nicht theoretische welt-

anschauliche Gespräche) veranlassen ihn heute zu sagen, daß Marxisten und Christen auf allen Ebenen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zusammenarbeiten sollten.

Das Stichwort, mit dem Marxisten die Gemeinsamkeit begründen, lautet „Humanismus“. So sehr gerade im Blick auf das Menschenbild starke Unterschiede zwischen Christen und Marxisten aufbrechen – Christen können niemals so ungeteilt optimistisch vom Menschen sprechen wie Marxisten –, so wissen sie sich doch in der Abwehr von Nihilismus und Skeptizismus mit den Marxisten verbunden. Gerade die Leidenschaft des Marxisten für den Menschen und eine menschenwürdige Gesellschaftsordnung fordert sie heraus, in Nüchternheit ihrerseits alles zu tun für die Menschen heute.

Worin besteht denn die Mitverantwortung des Christen beim Aufbau des Sozialismus? Nicht primär darin, daß er Fehler aufspürt, Mängel moniert und scharfe Kritik übt. Das gehört auch dazu! Aber seine erste Aufgabe ist eine positive: er soll durch sein Engagement dazu helfen, daß die starken, menschlichen Seiten des Sozialismus Wirklichkeit werden und ans Licht kommen. Die Solidarität steht vor dem Wächteramt, oder genauer: das Wächteramt wird nur dort recht geübt, wo es aus dieser Solidarität kommt.

Häufig wird dann die Frage gestellt, wie weit man denn in dieser Solidarität gehen könne und dürfe, wo die Grenze für die Solidarität liege. So ist die Frage falsch gestellt! Es gibt keine Grenze für die Solidarität des Christen mit der Welt, wenn diese Solidarität und Hingabe aus der Solidarität Gottes mit seiner Welt kommt. Es gibt keine Grenze, die wir ziehen dürfen; es gibt keinen Ort, den Christen prinzipiell nicht betreten dürfen. Jesus ist in der Hölle der Sohn seines Vaters gewesen. Es kommt nur darauf an, daß wir Glieder an seinem Leibe sind und bleiben.

Auch die sozialistische Gesellschaft ist für uns Christen, die wir diese Gesellschaft bejahen, keine letzte Heimat. Auch hier sind wir Fremdlinge, die nach dem himmlischen Jerusalem unterwegs sind. Aber wir wissen, daß sich für den Christen gerade in diesem Unterwegs-Sein alles entscheidet.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung der Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jansen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung 28. 6. bis 3. 7. 1964 in Prag)
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit – Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit – Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz – Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 130 Gerald Götting: Wir gestalten das neue Deutschland
- 131 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Der Aufbau des Systems ökonomischer Hebel in der Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik
- 132 Carl Ordnung: Politisches Handeln im Leben und Denken Dietrich Bonhoeffers
- 133 Dr. h. c. Otto Nuschke: Verantwortung der Deutschen für Sicherheit und Frieden (Hauptreferat auf dem 4. Deutschen Friedenskongreß im April 1955 in Dresden). Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek
- 135 Gerald Götting: Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische Union – zwanzig Jahre gemeinsamen Kampfes für Frieden und Sozialismus, für das Glück des Volkes
- 137 Pfarrer Károly Tóth: Aufgaben der Kirche in einer sich wandelnden Welt – Berichte über die 19. Generalversammlung des Reformierten Weltbundes
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutschlands Zukunft
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 141 Erwin Krubke/Gerhard Mischel: „Formierte Gesellschaft“ – „Idee“ und Wirklichkeit des Staatsmonopolismus in Westdeutschland
- 142 Walter Bredendiek: Reflektierte Geschichte – Die Entwicklung der Gesellschaft und die Stellung von Kirche und Theologie seit 1900 im Spiegel der Lebenserinnerungen deutscher Theologen
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen – Grundlage gedeihlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 144 Gerald Götting: Für die Rettung der Nation – Zusammenarbeit aller friedliebenden Deutschen
- 145 Edmund Meclowski: Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten
- 146 Günter Wirth: Verantwortung und Erwartung der Deutschen
- 147 Dr. Helmut Dressler: Evangelische Kirche und Revanche-Ideologie in der Weimarer Republik und im Bonner Staat
- 148 Kirche in gewandelter Welt – Das II. Vatikanische Konzil im Spiegel seiner Beschlüsse. Zusammengestellt von Hubertus Guske
- 149 Gerhard Desczyk: Vom Friedensdienst der Katholiken
- 150/151 Dr. phil. habil. Paul Ullmann: Psychologie und Leitungstätigkeit
- 152 H. C. Herrmann: Der Bonner Neokolonialismus und seine Unterstützung durch NATO-gebundene westdeutsche Kirchenleitungen
- 153 Götz Bickelhaupt: Auf dem Wege zur engagierten Gemeinde

Verkaufspreis 0,50 MDN – Doppelheft 1,– MDN

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB), Berlin

Ag 224/53/66-III/6/50 4,3 966 (781)